

Presseinformation, 02.06.2017

Was in Bochum an SPD und CDU scheiterte, ist offensichtlich in anderen Städten möglich

Die von der Linksfraktion, der Sozialen Liste und den Grünen eingereichte Afghanistan-Resolution zur Ratssitzung am 30. März 2017 wurde vom Bochumer Rat abgelehnt. Dabei ist deutlich geworden, dass insbesondere die SPD und CDU Fraktionen kein Interesse an solch einer Resolution haben. In der vorhergehenden Sitzung verstieg sich der Bochumer Rechtsdezernent Sebastian Kopietz sogar zu der Auffassung, Anträge des Bochumer Rates zu diesem Thema seien juristisch nicht zulässig.

Ein anderes Beispiel liefert die Stadt Dortmund, die sich in der gestrigen Ratssitzung mehrheitlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aussprach und die Verwaltung auffordert, alles ihnen mögliche zu unternehmen, Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten aus ihrer Stadt zu unterbinden.

Die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan, der Sprengstoffanschlag im Diplomatenviertel in Kabul sowie anhaltende Kämpfe in anderen Landesteilen machen erneut deutlich, dass Afghanistan absolut kein sicheres Herkunftsland ist. Das Schweigen des Bochumer Rates und des Oberbürgermeisters in dieser Sache wird - wie auch von vielen Bochumer Bürger*innen - von der Bochumer Linksfraktion und der Sozialen Liste im Rat mit Unverständnis aufgenommen